

Die Mosefe-Garde

Sozialdemokratie und Reichswehr

II. Fortsetzung: Das Jahr 1923

Die Inflation wütet in Deutschland. Sie erreicht im Jahre 1923 den Höhepunkt. Verarmung der breiten Massen des Kleinbürgertums, vollständige Entwertung der Löhne der Arbeiterschaft, Hunger und Elend steigen sich von Tag zu Tag. Versorgungssicherung hemmlich bis den Massen. Der Auguststreik gegen die Regierung die auswachsende Radikalisierung des Proletariats. Es müssen politische und militärische Vorbereitungen getroffen werden, um den Hunger der Massen mit blauen Uniformen zu stillen.

Die Regierung brachte das erste Ernährungsgesetz ein, es ließte die Staatsgewalt der Reichswehr aus. Die Sozialdemokratie legte sie zu.

Die Sozialdiktatur wurde errichtet.

Zu Bassern rebellierte die Reichswehr, die sozialistischen Verbände rückten siebzig und marschierten an der Thüringischen Grenze auf. In Sachsen und Thüringen traten die Kommunisten in die Regierung ein, um die Arbeiter gegen den sozialistischen Herrscher zu bewaffnen. Scheinbar gingen die Sozialdemokraten daran ein. In Wirklichkeit sabotierten sie. In Wirklichkeit ließen die Ebert, Hindenburg, Söllmann die Herren der Sozialdemokratie nach Thüringen und Sachsen zu ziehen. Die Reichswehr marschierte, und unter dem Beleidigungsrückhalt wurde der Hunger der Massen im Blute erstickt. Die SPD-Minister hatten ihre "Plicht" erfüllt, jetzt müssen es sie geben. Zeigner, der fälschliche Ministerpräsident, wurde von seinem eigenen Parteidienst vertreten und wanderte ins Ausland. In Thüringen fanden unter dem Terror der Reichswehr keine Neuwahlen statt. Die Regierung fröhdlich verschwand. Der Justizminister Hermann kam auf die Aufstellungsbank. Die Kommandeure hatte auf der ganzen Linie "gefeiert".

Dann begann die Zeit der "friedlichen" Entwicklung der Friedszeit. Einige sozialistische Organisationen wurden formell erlaubt. In Wirklichkeit begann eine Umgruppierung in den Reihen der Schwarzen Reichswehr. Neue "Tornungen" müssen gefunden werden. Die Mannschaften und Massen der Schwarzen Reichswehr wurden auf den Gütern verteilt. Das Auto wurde in Besitzkommandos eingeteilt. Verbindungsmitte auf Wohldiensterichtung angelegt. Mobilmachungspläne und Pläne entworfen. Im Übereinstimmung mit den Plänen wurde der Dienst der "Zeltfreiwilligen" geplant. In Abständen von drei bis sechs Monaten werden bei jeder Kompanie 12 Zeltfreiwillige zu drei- bis viermonatiger Nutzung eingesogen. Die "Feuer" raste. Der sozialdemokratische Verbindungsmanne des Reichstags zum Reichswehrministerium, Stürtzel, merkt von nichts.

Die kommunistische Fraktion interpellierte, enthielt drohende Worte in Massen vor. Gehler erklärte: "Es gibt keine rote Reichswehr". Die Sozialdemokraten stimmten gegen die kommunistischen Migrantenansprüche und sprachen Gehler und einer Reichswehr das Vertrauen aus.

Der Mai 1923 wurden die Schwarzen Reichswehrverbände erneut umgruppiert. Mahrau, der Leiter des Jungdeutschen Ordens, reichte dem Reichswehrminister Gehler seine bekannte Gedächtnisrede ein. Mit "Leben" erwogen. Auf Grund des § 46 der Reichsverfassung sollte die nationale Regierung entsetzt werden. Dem preußischen Innenminister Severing gelang es, gesamte Material, auch ein Brief Hindenburgs an die Reichsgeneralität, in die Hand. Eine Beschlagnahmung des Materials hätte unbedingt den Sturz Hindenburgs, Seedes, Gehlers und der gesamten Reichsregierung herbeiführen müssen. Es wurde nichts veröffentlicht. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun ging zu Hindenburg. Hinter verschlossenen Türen wurde die Angelegenheit begrüßt. Zu gleicher Zeit übernahmen die Sozialdemokraten im Reichstag den Reichswehr- und Reichsmarinestaat an und sprachen damit Hindenburg und Gehler und ihrer "weisen" und "getarnten" Reichswehr aus. Gehler gab sein volles Vertrauen aus.

III.

Die Ratten der Weißen und der Schwarzen Reichswehr

Auch anders war die Haltung der Sozialdemokratie zur legitierten illegalen Reichswehr. Wie aufgerüstet und die Ausgaben für die getarnte Reichswehr verschoben, geht klar aus den einzelnen Kapiteln des Reichshaushaltspans für die Reichswehr und Reichsmarine hervor. Wir nehmen, da wegen der Inflation bis 1924 Vergleichszahlen nicht zu erhalten sind, die Finanzanträäge der Jahre 1924, 1925 und 1926. Sie reden eine klare, eindeutige Sprache.

Die Bekämpfung des Reichswehrministers gehätschte sich wie folgt:

1924: 18 100 M. 1925: 30 300 M. 1926: 33 900 M.

Die Sozialdemokratie summieren der Ministerbesoldung im Durchschnitt von der Tätigkeit Gehlers nichts verdorben. Bis zum Jahre 1926 brachte allerdings, auf Drängen der "alten" Sozialdemokratie die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag ein, das Gehalt des Reichswehrministers zu streichen. Sie stammten aber den Migrantenantrag der kommunistischen Fraktion aus. Gehler rief, und bewilligten in der Schlußabstimmung das Gehalt des Reichswehrministers, dessen Streitfrage sie eben abgeklungen hatten!

Für die Reichsheeresverwaltung wurde angelegt:

1924: 2 708 300 M. 1925: 4 156 170 M. 1926: 5 229 770 M.

Die Beamten und Angestellten waren außer den Offizieren, Unteroffizieren usw. bei der Heeresverwaltung angestellt;

Beamte 1924: 225 1925: 3 030 1926: 2 007

Angestellte 1924: 6 400 1925: 6 430 1926: 6 174

Da wir ein Hunderttausend-Mann-Heer haben, kommt also auf je 10 Reichswehrangehörige ein Angestellter oder Beamter. Unter diesen "Angestellten" und Beamten verbergen sich die Verbindungsoffiziere zur Schwarzen Reichswehr, Kreisoffiziere, "Lientzler", Waffenaufläufer, Kurzum, der gesamte Spionenapparat der Schwarzen Reichswehr. Zu beachten ist besonders das Anwachsen der Beamten um 30 Prozent vom Jahre 1924 bis 1926 und die entsprechend erhöhte Bevölkerungsumme von 2 708 300 M. auf 5 229 770 M. Aus ihnen geht deutlich hervor, die nach dem Jahre 1923 vorgenommenen Umbildung der Schwarzen Reichswehr und ihre noch engere Verbindung mit dem Reichswehrministerium.

Für Waffen und Munition wurden ausgegeben:

1924: 54 441 470 M. 1925: 60 687 340 M. 1926: 71 254 310 M.

Das macht auf den Kopf des Reichswehrangehörigen:

1924: 34,50 M. 1925: 63,80 M. 1926: 71,50 M.

Da ein Gewehr mit Zubehör rund 150 M. kostet, dieses aber

beiderseitig höchstens 100 M. gekostet, kann klar hervor, wie gewaltig die Waffen- und Munitionsbestände der Schwarzen Reichswehr sein müssen.

Beide Räume aufgekauft werden dürfen, geht aus diesen ungeheuerlichen Summen ganz klar hervor, wie gewaltig die Waffen- und Munitionsbestände der Schwarzen Reichswehr sein müssen.

Es soll dabei allerdings nicht vergessen werden, daß durch

die handlenden schwarzen Waffenhäfen eine unerhörte Korruption entstanden und gewaltige Summen veruntreut werden. Solche bestechende Elemente können gerichtlich selbstverständlich nicht

befangen werden, da sie bis in die höchsten Reichswehrstellen führen, (z. B. Major Godowitz und Major v. Badingen im Reichs-

waffenamt) und dann der ganze umfangreiche Schwindel, sowogen

gerichtsstrafbar festgestellt werden könnte. Es darf keiner nicht

vergessen werden, daß die Waffen der Schwarzen Reichswehr nun-

selbstverständlich sind diese Summen nur die Aufsätze, die die Reichswehr aus öffentlichen Staatsmitteln erhält. Die Einnahmen der Reichswehr, die ebenfalls unverbraucht werden und jährlich rund 15 Millionen M. betragen, sowie private Zuwendungen für die Schwarze Reichswehr sind nicht mit eingerechnet. Sie dienen zur weiteren Verdichtung der Schwarzen Reichs-

wehr-Behörde.

Für die Marineleitung wurden ausgegeben:

1924: 1 954 500 M. 1925: 1 622 900 M. 1926: 3 757 140 M.

Für die Instandhaltung der Seekräfte:

1924: 19 938 600 M. 1925: 27 024 420 M. 1926: 37 008 600 M.

Diese Summen sind angeblich verwandt für Reparaturen der im Innendienst gestellten Schiffe. Sie können selbstverständlich beim besten Willen zu diesem Zweck gar nicht verwandt werden. Die Hauptsumme steht dem Kontor der Schwarzen Reichswehr zu. Das gleiche trifft zu für die nachfolgenden Kosten für Artillerie und Besatzungen, die beträchtlich alle Befestigungen auf Grund des Friedensvertrages von Versailles gefordert werden müssen; bleibt ein anderer Schluss gar nicht übrig. Die Summen betragen: 1924: 10 929 470 M. 1925: 12 454 280 M. 1926: 15 840 110 M.

Für Schiffsbaukosten und ihre Renovierung wurden ausgege-

ben:

1924: 7 753 000 M. 1925: 33 513 730 M. 1926: 54 147 450 M.

Das ist innerhalb 2 Jahren eine Steigerung um 900 Prozent. Dabei mag hinzugefügt werden, daß vom Jahre 1927 an gleichfalls wieder Linienküste in Dienst gestellt werden sollen, die jährlich einen Neubaumond von rund 15 Millionen M. mit an Neubau erfordern. Selbstverständlich erhöhen sich damit alle übrigen Teile.

Die Entwicklung des Gesamtbetriebs für die 15 000-Mann-Marine sieht wie folgt aus:

1924: 450 747 549 M. 1925: 634 545 230 M. 1926: 678 001 410 M.

Im Jahre 1927 wird er sicher über 700 Millionen betragen. Geradezu ungewöhnlich ist aber bei der Marine das Herz der Beamten und Angestellten. Es waren vorhanden:

Beamte 1924: 1 575 1925: 1 686 1926: 1 762

Angestellte 1924: 9 388 1925: 11 351 1926: 13 294

Auf je einen Angehörigen der Reichsmarine kommt also ein Angestellter, Beamter oder Angestellter. Es würde eine Tita-

narbeits erfordern, festzustellen, mit welchen Aufgaben sie eigen-

lich betraut werden. Sie zu erraten, ist allerdings nicht allzu

schwer.

Aus all dem vorliegenden geht für jeden, der seine fünf

gefundene Sinne beizumachen hat, klar hervor, wie die Schwarze Reichswehr und die sozialistischen Organisationen finanziert wurden. Es sind die Steuergroßmutter der Arbeiterschaft, die diesen unerlässlichen Moloch, dieser monarchistischen Garde der Konterrevolution in den Rachen geworfen werden, während die Ar-

beitersmassen und das Kleinbürgertum vor Hunger kreppeln.

Jahr um Jahr hat die kommunistische Fraktion die uner-

hörten Standorte aufgezeigt. Sie hat Anträge über Anträge

gründlicher und anderer Art gestellt. Sie wurden von den

bürgerlichen Parteien mit Einsicht der Sozialdemokraten aus-

gelacht. Alle Anträge wurden mit den Stimmen der SPD nie

abgelehnt. Zum Schein stimmt sie im Jahre 26 bei der Einzel-

abstimmung gegen die Schiffsbauten, stimmt dann aber in der

Endabstimmung dem Gesamtbetrieb zu und enthüllt damit selbst

ihren Antrag als elende Heuchelei.

Heute aber ist sie unter die "Enthüller" gegangen.

(Fortschreibung folgt.)

Der Freitaler Wetterprophet

Eine Antwort an die Freitaler Volkszeitung

W.S. Es ist Leute geben, die das Gas waschen hören. Einer von dieser Sorte scheint Herr Heilbut, der Vor-

redakteur der Freitaler Volkszeitung, zu sein, der neuerdings wieder einmal etwas lautet, aber nicht zusammenhängen ge-

hört hat. All das, was sich ja in seiner Phantasie zusammen-
findet, findet dann regelmäßig am nächsten Tag seinen Nieder-
schlag in den Spalten der Freitaler Volkszeitung. Leider passt
ihm dabei immer das Unglück, gründlich danebenzuhauen. So
auch gestern bei seiner Einleitung zum Stadtverordnetenbericht,
den wir am Montag noch nachtragen.

Stimmt man nicht man verachtet sein, zu glauben, daß die Schreibereien des Herrn Heilbut eine ganz besondere politische "Schlauheit" sind — um auf den Bush zu idag — oder wie man auch sagt — „aus zu horchen“ — Aber man muß bei näherer Betrachtung dieser Hirngespinsten noch immer fest-
stellen, daß das Geschiebte trotz des „schlaufenwollenden“ An-

treichs eine ganz banale Dummheit ist.

Jetzt verlegt sich nun Herr Heilbut auf „Propheteien“. In seinem gerigten Artikel sagt er anderes Wetter an und meint, daß in der kommunistischen Stadtverordnetenkonferenz bald ein anderer Wind wehen wird. — Herr Heilbut bleibt ewig ein Pechvogel. — Seine Propheteien treffen genau so wie die Wettervorhersage nach einer alten Bauernregel, ja wie die Schrift auf dem Wege nach links tun. Darf man denn annehmen, Herr Heilbut, daß der Wind, den Sie zu spüren glauben, in der SPD-Konferenz das Fraktionsschiff etwas nach links treiben wird??

Mit aller Deutlichkeit aber müssen wir schon heute sagen:
alle Spekulationen, die SPD auf die Bahnen kleinbürgerlicher
Reformpolitiken zu ziehen, bleiben vergebliche Liebesmüh.

Das, Herr Heilbut, für heute. Wenn gewünscht wird, können wir gelegentlich noch etwas nachholen.

Kleine politische Nachrichten

Das Jenburgsitz vom Reichsrat angenommen. Zu der Donnerstagsitzung des Reichsrates wurde das Schmied- und Schmiedemeisteramt angemommen. Nur die Vertreter von Löbtau und Braunausweig erhoben Einspruch. Die preußische Regierung hat gegen das Jenburgsitz keine Einwendungen erhoben.

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Oppau, Süß, wurde wegen Beleidigung und Untreue im Amt zu 2 Jahren 10 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Groß-Hamburger Mietervereine in der Einheitsfront. Eine am Sonntag stattgefundene Sitzung der Groß-Hamburger Mietervereine stellte fast einschließlich auf den Boden der Beschluß des Kongresses der Werktagen. Die Mietervereine, die 12 000 Mitglieder zählen, waren durch 11 Sozialdemokraten, 5 Partei-

lose und 2 Kommunisten vertreten.

Die Wirtliche Elter von Schwarzbürg. Das Oberlandesgericht in Hamburg hat die einstweilige Verjährung, die der Fürstin Schwarzbürg des Verlust von Kunstsammlungen aus dem Schloß Schwarzbürg verbot, auf. Das Gericht erklärte, daß die Verluste nur infolge „äußerster Not“ erfolgt seien, daß Thüringen seiner „Verpflichtung“ ausreichender Rentenzahlung an die Fürstin nicht noch gelommen sei.

Im Zeichen des „Weltfriedens“. Die Marinemission des amerikanischen Repräsentantenhauses hat beschlossen, die Bereitstellung von 400 Millionen Dollar zum Bau von Luftwaffen, Kreuzern und Zerstörern zu beantragen. Die Abschaffung wird mit der Notwendigkeit begründet, das amerikanische Flottenausbauprogramm dem englischen anzupassen. (1)

Militärausstattung gegen Ehren-Keiner. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenkonferenz und eine SPD-Funktionärerversammlung in Hannover haben beschlossen, dem früheren Oberbürgermeister, dem SPD-Abgeordneten Keiner, das schärfste

Militärausstattung auszuteilen.

Gemeinschaftsdenkschrift in Köln. Am Donnerstag ver-
hängte ein großer Teil der Kölner Gewerkschaften, nach einer De-
monstrationssitzung vor dem Kölner Rathaus, ein Leben,

wo eine Stadtverordnetenversammlung stattfand. Die Polizei

sperrte den Rathausplatz ab und drängte die Demonstranten in die Seitenstraßen.